

Panel 3: Kolumbien hat die Wahl

Gefährdet die „Parapolítica“ die Demokratie in Kolumbien?

Raul Zelik

Die Demobilisierung der AUC wird häufig als Erfolg der Regierung Uribe bei der Gewaltbekämpfung interpretiert. Der Parapolitik-Skandal und andere Enthüllungen über die AUC-Strukturen legen jedoch nahe, dass unter Uribe eher ein Transformationsprozess des Paramilitarismus stattgefunden hat.

So werden in Kolumbien nach wie vor zahlreiche politische Morde an Oppositionellen begangen. Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, Indigene, Mitglieder von sozialen Bewegungen usw. setzen nach wie vor ihr Leben aufs Spiel. Verübt werden die Gewaltakte gegen die Oppositionen von so genannten *bandas criminales* oder *emergentes*. Dabei handelt es sich um Strukturen der organisierten Kriminalität, die als Gegenleistung für ihre politische Gewalt entlohnt werden oder aber mit einer gewissen Toleranz der Staatsmacht bei ihren illegalen Geschäften rechnen können. Es handelt sich also tatsächlich nicht um politisch motivierte Täter. Doch das unterscheidet sie *nicht* grundlegend von den AUC.

Was hat die Regierung Uribe also mit den Paramilitärs gemacht? Zunächst ist nicht zu übersehen, dass Präsident Uribe 2002 mit tatkräftiger Unterstützung der Paramilitärs ins Amt kam. Sichtbarster Ausdruck hiervon war die massive Wahlkampfunterstützung für Uribe in den AUC-Gebieten und die formalen Allianzen zwischen Politikern der Regierungskoalition und AUC-Verbänden (die so genannte *Parapolítica*). Für diese Unterstützung wurde den AUC-Führern eine (Teil-) Legalisierung in Aussicht gestellt. Das Konzept sah außerdem vor, Teile des Paramilitarismus in private Sicherheitsdienste und Informationsnetze der Armee zu integrieren.

Schon bald nach Aufnahme der „Friedensverhandlungen“ – ein Euphemismus, denn die AUC haben niemals die Staatsmacht, sondern Kritiker des Staates bekämpft – zwischen Staat und AUC wurde der unpolitische Charakter der Paramilitärs sichtbar. Die Sozialwissenschaftler Gustavo Duncán und Mauricio Romero haben die AUC-Führer in diesem Sinne auch als „Gewaltunternehmer“ bezeichnet (vgl. „Los señores de la guerra“).

In Anbetracht der schweren Kriegsverbrechen der AUC wuchs jedoch der Widerstand gegen eine Amnestierung der Paramilitärs. Als die AUC-Führer ihre Privilegien in Gefahr sahen, begannen einige von ihnen Aussagen über Hintermänner in Politik und Wirtschaft zu machen. Erst vor diesem Hintergrund ließ Uribe 14 wichtige AUC-Kommandanten zunächst in Hochsicherheitsgefängnisse verlegen und schließlich in die USA ausliefern, wo sie heute wegen Drogenhandels einsitzen. Auf diese Weise unterband die Uribe-Regierung die weitere Aufklärung der AUC-Verbrechen und neue Enthüllungen über das politische und ökonomische Establishment im Land.

Der Parapolitik-Skandal, in den Dutzende von Politikern der Regierungskoalition, darunter auch enge Vertraute des Präsidenten, verwickelt sind, hat dennoch deutlich gemacht, dass der kolumbianische Staat oder korrekter: politische und ökonomische Machtgruppen im Staat mit dem Paramilitarismus liiert waren oder ihn sogar hervorgebracht haben. Die Ausmaße dieser Verschmelzung von

Paramilitarismus und formaler Macht sind kaum absehbar. Man weiß mittlerweile, dass die Sicherheitspolizei DAS Todeslisten mit zu ermordenden Gewerkschaftern an die AUC übergab, gemeinsam mit den Paramilitärs Wahlregister manipulierte und kritische Personen – darunter nicht nur Oppositionelle, sondern auch den Obersten Gerichtshof – beschattete und bedrohte. Der ehemalige Führungsbeamte der DAS Rafael García hat unlängst sogar behauptet, dass die Polizeibehörde gemeinsam mit mexikanischen Drogenhändlern eine Kokain-Exportroute über Mittelamerika organisiert habe und über Kuriere 100 Millionen US-\$ nach Kolumbien schmuggelte. García hat eidesstattlich versichert, der Präsident sei hierüber informiert gewesen.

Vor diesem Hintergrund scheint es verharmlosend, von einer „Gefährdung der Demokratie“ zu sprechen. Der kolumbianische Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten terroristische und kriminelle Praktiken der Herrschaftssicherung entwickelt. Rechtsstaatlichkeit kann nur dann etabliert werden, wenn zuvor das Ausmaß dieser Entwicklung erkannt worden ist.

Raul Zelik ist Schriftsteller und Doktor der Politikwissenschaften. Er promovierte an der FU Berlin zum Thema „Die kolumbianischen Paramilitärs“ und war zuletzt Gastprofessor an der Universidad Nacional in Bogotá sowie an den Universitäten von Berlin und Hannover.

Was ist los mit der „Linken“ in Kolumbien?

Stefan Khittel

Ein nahezu durchgängiges Merkmal der „Linken“ in Kolumbien ist deren Zersplitterung. Ein weiteres wäre die Vereinnahmung durch populistische Tendenzen am „linken“ Rand der Liberalen Partei. Beides ist seit den 1920er Jahren wahrnehmbar, also ungefähr seit der Zeit, da man von „linken“, marxistischen Bewegungen und Parteien in Kolumbien sprechen kann.

Aus einer turbulenten Phase dynamischer Kleinparteien und Splittergruppen ging 1930 die Kommunistische Partei Kolumbiens (PCC) hervor, die kurz danach in einer Wahlplattform mit der Liberalen Partei aufging. Nicht viel anders erging es der UNIR, der von J.E. Gaitán gegründeten Bewegung, die im Liberalismus aufging. Im Gegensatz zur PCC – und ihren Führungspersönlichkeiten – verstand es Gaitán, sich an die Spitze der Liberalen Partei zu setzen, und wurde als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat ermordet.

Ein weiterer Faktor ist das gleichzeitige Vorhandensein von bewaffneten Gruppen und das oft unklare Verhältnis, manchmal an Koketterie grenzend, von linken Parteien und Bewegungen zu diesen. So gab es schon in den 1930er Jahren die „Ligas Campesinas“, später die „unabhängigen Republiken“ und schließlich kam es ab den 1960er Jahren zur Gründung unterschiedlicher marxistischer Guerilla-Gruppen, deren Mitglieder sich jedoch aus sehr unterschiedlichen Personengruppen rekrutierten; von bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen bis zu Priestern der Befreiungstheologie, von Student/inn/en bis Gewerkschafter/inn/en ergab sich ein facettenreiches Bild. Zumindest im Selbstbild sind die noch aktiven Guerillas ihren ideologischen Wurzeln treu geblieben.

Die Teilnahme an der politischen Legalität war für Militante der „Linken“ im Laufe des 20. Jahrhunderts ein gefährliches Spiel, das viele mit ihrem Leben bezahlten. Spätestens seit dem massiven Auftreten paramilitärischer Verbände ab den 1980er Jahren, ist die physische Eliminierung von Vertreter/inne/n linker Parteien, sozialer Bewegungen, Frauen- und Menschenrechtsbewegungen sowie Gewerkschafter/inne/n Teil der politischen Auseinandersetzung geworden. Daran änderten auch die vielen Friedensprozesse mit den bewaffneten Gruppen wenig, beinahe unabhängig von ihrem Scheitern oder Erfolg.

Diese auf nationaler Ebene ungünstigen Voraussetzungen waren es auch, die Kolumbiens Linke bei der Entwicklung einer „Neuen Linken“ im Vergleich zu vielen anderen Staaten Südamerikas ins Hintertreffen geraten ließen. Immerhin kommt es ab 1999 zu einer Neukonstituierung diverser linker Parteien, die sich Ende 2002 im Polo Democrático Independiente (PDI; seit 2005 PDA), zusammenschließen. Dieser stieg in wenigen Jahren zum größten politischen Herausforderer von Präsident Alvaro Uribe auf. Im Jahr 2006 erreichte Carlos Gaviria, ehemaliger Oberster Verfassungsrichter und Senator, knapp ein Drittel der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl gegen einen wieder kandidierenden Alvaro Uribe.

Stefan Khittel ist seit 2004 „Affiliated Researcher“ am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie sowie am Projekt Internationale Entwicklung der Universität Wien. Er beschäftigt sich vor allem mit Sicherheitsaspekten der Entwicklungspolitik und der theoretischen sowie empirischen Analyse bewaffneter Konflikte. Seine regionalen Schwerpunkte sind Lateinamerika mit besonderen Schwerpunkten auf Kolumbien und Nicaragua sowie Südostasien.

Gibt es einen „Uribismo“ jenseits von Álvaro Uribe Vélez?

Werner Hörtner

Weniger als sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen am 30. Mai 2010 sind die näheren Umstände dieses entscheidenden Urnganges noch völlig im Ungewissen. Die Entscheidung über das Referendum, das eine Verfassungsänderung für die neuerliche, die insgesamt dritte Kandidatur von Álvaro Uribe Vélez herbeiführen soll, liegt in den Händen des Verfassungsgerichtshofes. Am 30. November hätte der amtierende Staatschef seine Entscheidung bekanntgeben müssen, ob er bei den nächsten Wahlen antreten will, doch ließ er diesen Termin unbeachtet verstreichen.

Rechtsexperten der verschiedenen Lager streiten nun über unterschiedliche Auslegungen der Rechtsbestimmungen bezüglich der '-Re-elección', der Wiederwahl - bis hin zu der Argumentation, Uribe Vélez müsse erst zwei Monate vor der Wahl bekannt geben, ob er kandidieren will oder nicht.

Abgesehen von diesen Verunsicherungen und Verwirrungen in Sachen Referendum und Wiederwahl erhebt sich die grundsätzliche Frage, ob der Uribismus als politisch-ideologisches Konstrukt die Person Uribe Vélez überleben wird oder nicht. Dabei eröffnen sich verschiedene Perspektiven. Was nun das Verbleiben des gegenwärtigen Präsidenten bzw. des Uribismus an der Macht betrifft, so spekulieren Kenner der Situation mit verschiedenen Möglichkeiten:

A) Der Verfassungsgerichtshof gibt grünes Licht für das Referendum, die Verfassungsreform für eine Wiederwahl des Staatschefs wird genehmigt und Uribe Vélez gewinnt die Wahlen am 30. Mai.

B) Der Verfassungsgerichtshof erklärt das Referendum als rechtswidrig, der Präsident erkennt dieses Urteil nicht an und beruft sich auf den "Meinungszustand" oder "Meinungsstaat" (estado de opinión). Dieses anti-demokratische Konzept wurde von Uribe und seinen Anhängern vor einiger Zeit in die Diskussion eingebracht und bedeutet, dass die massive Zustimmung der Bevölkerung dem Rang nach über den Gesetzen steht. Mit anderen Worten: Der Präsident würde eine Volksbefragung durchführen, in welcher die Bevölkerung über seine neuerliche Kandidatur abstimmt. Auf Grund seiner hohen Popularitätswerte rechnet er damit, diese Umfrage zu gewinnen.

C) Der Präsident löst das Parlament auf, wie einst Fujimori in den 1990er Jahren, und regiert autoritär weiter: ein 'autogolpe' a la colombiana.

D) Uribe Vélez wirft das Handtuch und verzichtet auf eine neuerliche Kandidatur. Für diese Variante zieht sein früherer Verteidigungsminister Juan Manuel Santos, Sprössling einer der einflussreichsten Familien des Landes, bereits die Fäden. Er möchte sich in einer internen Abstimmung von den uribistischen Parteien zum Kandidaten wählen lassen und Uribe Vélez im Amt nachfolgen. Dieser Personalwechsel würde jedoch keinesfalls eine Veränderung in politisch-ideologischer Hinsicht bedeuten. Ein Nachteil für den Uribismus wäre bloss, dass Santos bei weitem nicht das Charisma und die Popularität des gegenwärtigen Präsidenten besitzt. Gegen Santos laufen derzeit Ermittlungen wegen möglicher Verbindungen zu den Paramilitärs.

In den Reihen der Opposition fällt die einzige namhafte Linkspartei, der Polo Democrático Alternativo (PDA), Ende November die Entscheidung, den PDA-Kandidaten Gustavo Petro mit der Bildung einer breiten anti-uribistischen Allianz zu beauftragen. Er wird nun in Gesprächen mit KandidatInnen aus dem unabhängigen Lager sowie der Liberalen und anderer Parteien die Möglichkeiten für ein derartiges Bündnis sondieren. Der Präsidentschaftskandidat dieser Allianz soll ebenfalls in Vorwahlen bestimmt werden; die besten Chancen werden Petro und dem ehemaligen Bürgermeister von Medellín, Sergio Fajardo, eingeräumt.

Selbst in dem unwahrscheinlichen, doch nicht unmöglichen Fall eines Wahlsieges dieses Mitte-Links-Bündnisses würde das noch keineswegs das Ende des Uribismus in Kolumbien bedeuten. Der gegenwärtige Präsident hat in den knapp acht Jahren seiner Amtszeit das Land grundlegender umgestaltet als je ein anderer Staatschef zuvor in der 200jährigen Geschichte der Republik. Viele seiner Anhänger sitzen in den staatlichen Institutionen, wichtige Sektoren der Wirtschaft sind mit ihm verbündet und immer wieder weisen Spuren aus dem engsten politischen und persönlichen Umfeld des Präsidenten auf eine systematische Zusammenarbeit mit den Paramilitärs hin. So wird der Uribismus noch längere Zeit die politische Landschaft Kolumbiens bestimmen, selbst wenn er bei den Wahlen im kommenden Mai die Regierungsmacht verlieren sollte.

Werner Hörtner, geboren 1948 in Innsbruck, seit 1969 in Wien lebend. 1971 erste Reise nach Kolumbien, seit damals zahlreiche weitere Reisen in dieses Land und andere Regionen Lateinamerikas. Redakteur der in Wien erscheinenden Zeitschriften "Lateinamerika anders" und "Südwind". 2006 erschien im Schweizer Rotpunkt-Verlag sein Buch "Kolumbien verstehen".